

Pressemitteilung

20. Juni 2017

INSM Podiumsdiskussion

Gerechtigkeit – Was steht zur Wahl?

Berlin – Nicht alles, was im Namen der Gerechtigkeit gefordert wird, schafft tatsächlich mehr Gerechtigkeit. Darüber, wem in unserer Gesellschaft mehr Gerechtigkeit widerfahren muss und wie diesen Menschen am besten geholfen werden kann, diskutierten heute in Berlin **Prof. Dr. Georg Cremer** (Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes e.V.), **Dr. Carsten Linnemann** MdB (CDU), **Dr. Gerhard Schick** MdB (Bündnis 90/Die Grünen) und **Wolfgang Clement** (Kuratoriumsvorsitzender der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, INSM).

In der lebhaften Diskussion waren sich die Teilnehmer einig, dass eine bessere Bildungspolitik der Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit ist.

Wolfgang Clement: „Die Caritas-Bildungsstudie hat im vergangenen Jahr eine wieder steigende Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss gemessen. Das ist alarmierend. Es gibt kein Kind, das ohne Talente zur Welt kommt. Diese Talente auch zu wecken ist Aufgabe guter Bildungspolitik. Hier geschieht noch viel zu wenig. Bildungspolitik ist die Zukunftspolitik in Deutschland.“

Dr. Gerhard Schick MdB: „Wir reden zu wenig über die Vermögensungleichheit. Dort gibt es die größte Ungleichheit im internationalen Vergleich. Jetzt im Wahlkampf werben Union und FDP wieder mit Entlastungen für kleine Einkommen, profitieren werden aber erneut die höheren Einkommen.“

Dr. Carsten Linnemann MdB: „Die entscheidende Frage für die Zukunft unseres Landes ist, ob wir auch in 10, 15 Jahren noch Weltmarktführer sind. Das werden wir ohne entschlossene Digitalisierung nicht schaffen. Daher: alle Telekom-Aktien in Bundesbesitz verkaufen und das Geld 1:1 in den Ausbau eines Glasfasernetzes investieren.“

Prof. Dr. Georg Cremer: „Wir müssen auch an die Ränder schauen. Auf diejenigen, die in einem Bildungssystem scheitern, das den engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg nicht zu lockern vermag. Oder auf diejenigen, die in abenteuerlichen Konstruktionen der Scheinselbstständigkeit mit miserablen sozialem Schutz in einigen Fleischfabriken in Deutschland arbeiten. Wer sich hier für nicht zuständig erklärt, überlässt das Feld denjenigen, die das für eine grundsätzliche Anklage gegen den Kapitalismus nutzen, aber in der Benennung der Alternativen sehr wolkig bleiben.“

Fakten zum Thema Gerechtigkeit und Videos der Veranstaltung finden Sie in unter www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Henet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de